I1 Humane Migrationspolitik

Antragsteller*in: Lorenz Stradtner (KV München Stadt), Theo Mannmeusel (KV Erlangen Stadt), Magdalena Flurry (KV München Stadt), Daniel Salzinger (KV Würzburg Stadt), Susanne Mesan (KV München Stadt), Emily Rumpf (KV Pfaffenhofen), Miriam Körner (KV Bayreuth Stadt), Arian Kunze (KV Ebersberg), Sebastian Hansen (KV Würzburg Land), Marie Scholz (KV Regensburg Stadt), Johannes Rückerl (KV Regensburg Stadt), Stefan Christoph (KV Regensburg Stadt), Sarah Eisenberger (KV Bamberg Land), Luisa Weyers (KV Erlangen Stadt), Frederike Jäschke (KV Erlangen Stadt), Jakob Koch (KV Bad Tölz/Wolfratshausen), Felix Kirberg (KV Neuburg Schrobenhausen), Nadine Reers-Kleinhenz (KV Nürnberger Land), Helena Kontny (KV Würzburg Stadt), Lilli Grosch (KV Würzburg Stadt), Miriam Gradl (KV Eichstätt), Simone Zink (KV Eichstätt), Karo Köster (KV München Stadt), Moritz Lindner (KV Bayreuth Stadt), Claudia Hammerbacher (KV Nürnberg Stadt), Bakir Lemes (KV München Stadt)

Tagesordnungspunkt:

Das grüne Grundsatzprogramm sagt: Unsere Demokratie ist keine, in der Zugehörigkeit auf Herkunft basiert, sondern eine offene Gesellschaft, in der wir uns gemeinsam darüber verständigen, wie wir zusammen leben wollen. Wir GRÜNE Bayern verstehen Vielfalt als Bereicherung. Menschen, die zu uns kommen, sind Teil unserer Gesellschaft. Der furchtbare Angriffskrieg Putins gegen die Ukraine hat uns gezeigt wie wichtig es ist, dass wir in Zeiten von Krisen solidarisch mit Geflüchteten sind. Der Freistaat Bayern hat im vergangenen Jahr über 150.000 Geflüchtete aus der Ukraine sowie aus anderen Konflikt- und Krisenregionen willkommen geheißen, aufgenommen und versorgt. Das war und ist eine große humanitäre Leistung sowohl der Zivilgesellschaft als auch der Kommunen. Es ist großartig, wie viele Menschen angesichts der großen Krisen unserer Zeit nicht jammern, sondern anpacken, Herausforderungen bewältigen und helfen. Doch ob in der Kommune oder im Ehrenamt, die Menschen haben mit Recht verdient, dass Politik die Bedingungen schafft, damit es vor Ort funktioniert. Um die Aufgabe der Unterbringung und Versorgung schutzsuchender Menschen umfassend zu erfüllen, benötigen die Länder weitere finanzielle Unterstützung des Bundes. Wir als Grüne Bayern stehen zu unserer humanitären Pflicht, angesichts von Krieg und

Verfolgung fliehenden Menschen gerecht zu werden und setzten uns dafür ein, dass alle Bundesländer und Kommunen ausreichend finanziell unterstützt werden.

Wir beobachten mit Besorgnis den Beschluss der vergangenen Ministerpräsident*innenkonferenz am 10. Mai 2023, welche in unseren Augen keine Verbesserung der derzeitigen Situation darstellt. Im selben Beschluss wurde unter anderem eine Verdreifachung der erlaubten Abschiebehaftdauer, die Aussetzung der Unverletzbarkeit der Wohnung von Geflüchteten, die Vereinfachung des Zugriffs auf Mobiltelefone von Geflüchteten, eine Reduzierung der Beteiligung von Staatsanwaltschaften bei der Anordnung von Abschiebehaft sowie die Einführung von unmenschlichen Außengrenzverfahren unterstützt. Als bayerische Grüne setzen wir uns weiterhin für das Grundgesetz und das uneingeschränkte Recht auf Asyl ein. Wir fordern die bayerische Staatsregierung dazu auf, sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten gegen den Beschluss der Asylverfahrensverordnung einzusetzen. Weitere Asylrechtsverschärfungen lösen kein Problem, stattdessen brauchen wir bessere Bedingungen für Geflüchtete und mehr europäische Solidarität statt Abschottung.

Abschließend fordern wir die bayerische Staatsregierung dazu auf, die Rückhaltung der Bundesmittel für die Versorgung Geflüchteter aus der Ukraine zu beenden und die dringend benötigten Gelder unverzüglich an die bayerischen Kommunen weiterzuleiten. Diese explizit zur Entlastung der Kommunen bereitgestellten Mittel werden von der Bayerischen Staatsregierung nur unzureichend an die Kommunen weitergeleitet. Bisher wurden vom Freistaat Bayern lediglich 79 Mio. € für die Versorgung von Flüchtlingen aus der Ukraine beim Bund abgerufen, aber noch nicht an die Kommunen weitergeleitet. Geld, das der Bund für die Unterbringung der Geflüchteten in den bayerischen Kommunen zur Verfügung stellt, kommt dort nicht ausreichend an. Das individuelle Grundrecht auf Asyl ist Grundpfeiler einer menschenrechtsorientierten Politik und muss unangetastet bleiben. Menschen brauchen Perspektiven. Duldungen bedeuten einen Zustand in der Schwebe, fortdauernde Unsicherheit und Perspektivlosigkeit. Menschen, die dauerhaft hier leben, brauchen ein sicheres Bleiberecht. Haft ohne Verbrechen zur Durchsetzung der Ausreise ist ein massiver Eingriff in das verfassungsgarantierte Freiheitsrecht. Abschiebungen in Kriegs- und Krisengebiete wie zum Beispiel in den Iran, nach Syrien oder Afghanistan verbieten sich.

Deswegen ist für uns als GRÜNE Bayern klar: Eine humane Migrationspolitik ist nicht nur selbstverständlich, sondern die Basis für eine sozial-gerechte Gesellschaft, die das Völkerrecht wahrt und ihre historische Verantwortung wahrnimmt. Deswegen stehen wir weiterhin konsequent für eine menschenrechtskonforme Asylpolitik und ein klares Bekenntnis zur Genfer Flüchtlingskonvention.

Unterstützer*innen

Saskia Weishaupt, Marlene Schönberger, Lisa Badum, Stefan Schmidt, Karl Bär, Jamila Schäfer, Maximillian Retzer, Johannes Hunger, Eva Konen, Katharina Sparrer, Sebastian Emehrer, Moritz Tauer, Leila Bagci, Leonie Pfadenhauer, Paula Hess, Nicolas Muje, Marc Urban, Paula Grzesiczek, Leon Eckert (KV Freising), Markus Büchler (KV München-Land), Pascal Dintner (KV München), Joel Keilhauer (KV München), Sophie Ahrenberg (KV München), Marion Lüttig (KV München), Ali Khademolhosseini (KV Erlangen-Stadt), Johannes Wagner (KV Coburg-Stadt), Angela Hermann (KV München), Sabine Lehmann (KV Fürth-Stadt), Thomas Holler (KV München-Land), Karin Scherer (KV Erlangen-Land), Christine Squarra (KV München-Land), Matthias Deuring (KV Augsburg-Stadt), Jakob Baiz (KV Fürstenfeldbruck), Martha Glück (KV Regensburg-Stadt), Daniel Mareyen (KV Passau-Stadt), Teresa Wimmer (KV Bad Tölz-Wolfratshausen), Jakob Koch (KV Bad Tölz-Wolfratshausen), Laura Eisenhut (KV Passau-Stadt), Franka Babst (KV Erlangen-Stadt), Carla Ober (KV Erlangen-Stadt), Martin Modlinger (KV Dachau), Christian-Ulrich Sauter (KV Erlangen-Stadt), Svenja Jarchow-Pongratz (KV München), Simone Duling (KV Dachau), Madeleine Schneider (KV Tirschenreuth), Kerstin Täubner-Benicke (KV Starnberg), Matthias Deuring (KV Augsburg-Stadt), David Distel (LV Grüne Jugend Bayern), Anne Rabea Gattinger (KV Ebersberg), Maximilian Retzer (KV Landshut-Land), Felix Geismann (KV Fürth-Stadt), Christine Squarra (KV München-Land), Simone Artz (KV Würzburg-Stadt), Azad Kour (KV Bremen-Kreisfrei)